

Die Polenfrage:
seitdem möglichst Radikalität unter
Gesetz und so durch die
Expedition, neue Gruppenre. 5/6.
durch die Post und
durch Kolportage zu bestreiten.
Preis pro Woche 20 Pf.
Bezahlungsliste Nr. 7047

Jugend

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkstädtige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 45.

9. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Vom oberschlesischen Centrum.

II.

Wir haben die oberschlesische Polenbewegung in diesem Blatte schon genügend gefeierzeichnet, wollen aber nicht untersagen, unsere Stellung zu ihr aus gewissen Gründen, die uns selbst nahe angehen, noch einmal zu präzisieren.

Die polnische Bewegung ist berechtigt, soweit sie sich gegen jede gewaltsame Germanisierung und was damit zusammenhängt, wendet. Der Complex der Dinge, die man unter Germanisation zusammenfassen kann, ist so umfangreich, daß er eine energische Bekämpfung verlangt, ja selbst die Existenzberechtigung für eine Polenbewegung bilde kann. Diese Sympathien daher mit dieser Bewegung, aber nur auf dem angegebenen Wege, kann Fuß breit weiter.

Die polnische Bewegung geht nämlich — wir selbst haben früher wohl diese Seite unterschätzt — weiter und verfährt die gläubigen Oberschlesiern zu utopischen Schwärmerien. So wie die Regierungsmafregeln in gewissen Kreisen den Polenhof, so erzeugt die mit einer Ausnahme mangelhaft geleitete Polenpresse Deutschenhof, redet von Schlesien als einer polnischen Provinz, und fasst in der That gelegentlich recht deutlich davon, wie schön es doch in einem widererstandenen Polenreiche wäre.

Derartigen Blödsinn, den die polnischen „Politiker“ Oberschlesiens colportieren, kann und darf natürlich das Centrum nicht mitmachen. Aber wer die Haltung des Centrums seit einigen Jahren verfolgt hat, wird zugeben, daß es früher den nationalen Schwärmeren gegenüber beide Augen zudrückte, während es heute dieselben Dinge mit großer Nervosität behandelt.

Hieran ist die Vorherrschaft des rechten Flügels schuld, die aber ist zu einem großen Theile das diplomatische Werk des anscheinend so gut preußisch-deutsch-gouvernementalen und doch auch so gut „römischen“ Cardinals Ropp in Breslau. Sein Einfluss ist es hauptsächlich gewesen, der zum gehemten und deutlich offenbarten Schrecken vieler Centrumsanhänger selbst, zum Unger aber beförderer der oberschlesischen Geistlichkeit der alten Schule, zur Verdammung der Polen führte. Wir können es so manchem Centrumredakteur nachfühlen, mit welch' bitterem aber verbissenem Grimm er den Befehlen von der Breslauer Dominsel gehorcht. Das Centrum hatte ehemals von der Germanisation einen so schönen Agitationsstoff, und den soll er nun missen! Womit soll die Presse denn die Leute überreden? „Freiheit, Wahrheit und Recht“ sind ja recht schöne Worte, aber in der Agitation leisten sie doch nicht den zehnten Theil von dem, was man früher mit der Bekämpfung der Germanisation leisten konnte — und was die ungehorsam gewordenen Polen noch leisten.

Denn das ist ja für das Centrum das Trautige, für den freudigen Zuschauer das Beste an der Geschichte: so ohne Weiteres lassen sich die Polen nicht unterkriegen, vielleicht lassen sie sich überhaupt nicht unterkriegen. Unseres Erachtens wenigstens haben sie das gar nicht nötig; es fehlt ihnen nur an der nötigen Courage.

Mindestens drei Monate lang rührte sich kein Lüftchen, obgleich kurz vorher die Polen dem Centrum schärfer zu Leibe gegangen waren. Sie hatten die bestimmte Erklärung verlangt, daß nur solche Kandidaten aufgestellt werden sollten, die gegen jede neue Volkbelastung stimmen würden; sie hatten

sich schärfer gegen die Kandidaturen der unsicheren Geistlichen ausgesprochen u. dgl. m. Die Kandidatenfrage kam überhaupt nicht vom Fleck. Es war klar: ein „Friedenswerk“ war im Gange, das die polnischen und deutschen Bilder des Centrums wieder zusammenführen sollte. Wer das vorher noch nicht wußte, konnte es aus Schirmeisen's Erklärung gegen den „Katolik“ anlässlich des Todes des Pfarrers Wolczyk erfahren. Bei dem Tode dieses Pfarrers nämlich, der Landtagsabgeordneter und ein stammer Pole im Stare der polnischen Bewegung gewesen war, stieß der „Katolik“ einen Stossfeuer über die jüngere „verkoppelte“ Richtung der oberschlesischen Geistlichkeit aus und forderte — das war Geschmacksfrage — die frommen Leser zum Gebet dafür auf, daß der Herrgott der Polen wieder Priester des alten Schläges erwende. Da wollte dem „Deutschen“ auch sein Blut, und der Pfarrer Schirmeisen aus Beuthen ging hin und ließ in den katholischen Hauptblättern eine fulminante Erklärung gegen die vom „Katolik“ verbrochene Bekleidung des oberschlesischen Clerus abdrucken. Was natürlich nur Delira Feuer gießt. Der „Katolik“ nahm nichts zurück, sondern fügte noch hinzu, daß Schirmeisen selbst das „Friedenswerk“, von dem er gesprochen, arg geschädigt habe.

Über dessen Erslingen oder Mislingen wollen wir uns keine Prophezeiungen erlauben; leicht wird die Sache nicht werden. Die Polen wollen nicht einmal solche deutsche Kandidaten, die wie Wegner oder der verstorbene Conrad, als volkstümlich gelten können und die Polenbewegung begünstigen, sie wollen fürs und hindring Polen, aber nicht etwa politische „Herrn“ wie die Szymula und sonstigen Edlen, bei denen das Polenthum im Namen liegt, die aber im Hebrigen rein preußisch-deutsche Unterthanen sind und sein wollen.

Und kann es übrigens ziemlich gleichgültig sein, ob sich die Polenführer wieder vom Centrum beschwören lassen, oder ob sie den Muth finden selbstständig aufzutreten. Wir haben von beiden Eventualitäten Vortheile. Ziehen die Polen das Erste vor, so nagen wir sie auf ihret Großredet und ihren pseudodemokratischen Grundsätzen fest; thun sie das Letztere, so offenbart sich darin von selbst die hilflose Lage des Centrums und wir haben es nicht mehr mit einem starken, sondern mit zwei schwachen Gegnern zu thun.

Die Bildung einer besonderen politisch-katholischen Abteilung des Centrums würde übrigens nur ziemlich ephemere Bedeutung haben. Der reactionäre Pferdeschwanz der Polenbewegung ist jetzt schon klar erkennbar, wenn man es auch nicht überall glauben will. Die einseitige Betonung nationaler Dinge ist noch stets etwas Reactionäres gewesen.

Die Flottenvorlage als Wahlparole erscheint nur einigen Nationaliberalen von der Couleur Eynern wünschenswert, den meisten Nationalliberalen dagegen überläuft es eisig kalt, wenn sie an eine solche Wahlparole und deren Wirkung auf die nationalliberalen Wählermassen (?) denken. Auch das Organ der westdeutschen Großindustriellen, die nationalliberalen „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die an der Spitze der Flottenenthusiasten marchierte, bekundet eine furchtbare Angst vor dieser Wahlparole. Sie sagt, in den eigenen Reihen der Partei seien schwere sachliche und taktische Fehler gemacht, von denen man kaum weiß, wo sie sich wieder gut machen lassen. Das nationallibrale Blatt citirt dann die Artikel, welche die „Köln. Ztg.“, die „Deutsche Tageszg.“, die „Nationalzg.“ und nach ihr die nationalliberalen Parteipresse in Rheinland und Westfalen noch bis vor Kurzem gegen

das Septennat lange Zeit hindurch gebracht haben. Alsdann schreibt die „Rhein. Wess. Ztg.“ wörtlich:

„Es bleibt kaum einen Wahlkreis in ganz Rheinland und Westfalen, in dem nicht das eine oder andere nationalliberale Blatt genauso dasselbe gesagt hat, was jetzt das Centrum sagt. Das könnte sich bei den Wahlen fürchtbar rütteln, denn man wird aus den eigenen Blättern der Partei jedem nationalliberalen Kandidaten vorhalten, doch er die Stimmlistung des Kreises nicht wiebergebe. Um das Bild abzurunden, muß man noch hinzufügen, daß auch mehrere nationalliberale Abgeordnete verschiedentlich Punkte des Flotten-Programms bemängelt haben, und insbesondere die Flottenfrage als ungeeignet erklärt haben, um als Unterlage für die Neuwahlen zum Reichstag zu dienen. Dies hat in kräftiger Form ein in der Regel zum linken Flügel der Partei gerechter Abgeordneter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gehabt. Nach allem können wir sagen, daß bei diesem Verhalten innerhalb der Partei und der Parteipresse es allerdings für die nationalliberale Partei in Westdeutschland schwer sein würde, nunmehr in einem Kampf für die Flottenvorlage einzutreten, falls er sich lediglich um des Septennat dreht.“

Weiterhin schübert das Blatt, wie auch die Politik der Sammlung bisher vollständig gescheitert sei.

Ein positives, wirtschaftliches Programm der Regierung sei die allererste Nothwendigkeit. Der Artikel schließt wie folgt: „Dank der eigenartigen Flottenfreundschaft des rechten Flügels der Conservativen und des linken Flügels der Nationalliberalen sind der Flotten-Wahlkreise die Flügel arg versezt. Wenn nicht bald ein wirtschaftliches Programm als seifer Sonnenkern sich bildet, zu dem der noch recht chaotisch herumlaufende politisch-Dunkel hingezogen wird, so kann auch die Politik der Sammlung zum parlamentarischen Schrott geworfen werden.“

Eins jüngsterlicher Gründer. Herr von Kardorff hat bekanntlich früher einmal erklärt, er sei in der Gründerperiode ein verwaltungsräthlicher und lautemevereinahmender Förderer der Industrie geworden, um die Kosten seines parlamentarischen Aufenthalts in Berlin bestreiten zu können. Gestern hat Herr von Kardorff dem Abgeordneten Singer gegenüber etwas Anderes bestritten, nämlich, daß er an der Gründung der Laurahütte beteiligt gewesen sei. Nun stellt aber gegenüber der Kardorff'schen Erklärung die „Bresl. Zeitung“ aus dem Prospect vom Juni 1871 Kardorff's Begehrlichkeit zum ersten Aufsichtsrath der Laurahütte fest.

Das ist doch eine sehr auffällige Vergleichlichkeit! des edlen Herrn? Vielleicht dürfte Herr von Kardorff diese damit entschuldigen, er habe seine Finger in so vielen Gründungen gehabt, daß er sich nicht mehr an jedes einzelne sauber Geschäft erinnern könne?

Der angekündigte Postreform-Entwurf ist nunmehr im Reichstage eingetragen und entspricht ganz den bereits gemachten Andeutungen. Von einer Entschädigung der brotlos werdenden Tausenden von Angestellten der Privatposten ist in dem Entwurf kein Wort enthalten.

Die Nationalliberalen wollen am nächsten Sonntag nun auch einen Parteitag für Thüringen, und zwar in Weimar abhalten. Das wird besonders interessant werden, denn die Herren Paeschke und Bassermann werden da Reden halten. Herr Paeschke steht auf dem agrarischen, Herr Bassermann auf dem antiagrarischen Flügel der offiziell noch immer bestehenden nationalliberalen Partei.

Über die staatsgefährliche Thätigkeit des Dr. Leo Arons an der Berliner Universität gibt das soeben erschienene amtliche Vorlesungsverzeichniß der Berliner Universität Auskunft. Der Privatdozent Dr. Arons wird im nächsten Semester über elektrische Wechselstromtechnik lesen. Schrecklich! Schrecklich! Furchterlich! Kann das noch ein halbes Jahr ertragen?

richterstatter noch einen Trunk aus Danzigkitt, und Christian stieg mit Wedell ein.

„Heba Witz!“ rief der Offizier. „Geh Et' mal zu de jeschwoll'ne Kutt'n 'rin! Mach' Et' ne Empfehlung, und der Schubart läßt vor's Wein danken. Et' fährt eben jesund und fidel nach Ullm, se mödchen sich aber nicht ärjern! Gute Nacht, fah' zu!“

Der Wagen flog hinweg, die Verwünschungen der herausfahrenden Gespöttten verlängerten in der Nachluft.

„Saterlot, das war 'ne Fahrt! Hören Se, Schubart, id kriege vor Ihre Conrage'n verfluchten Respect! Des war ja mang die Kerle, als wenn ne ganze Batterie losdrummt. Weh' Gott, zum Schreiben jehört Feistessejewart wie zur Bataille!“

Ullm! — Als Schubart in Ullm einfuhr, kam ihm jählings die Prophezeiung vom Heldenkult zu Gehörungen in den Sinn: „Dein Glück ist zu Ullm!“ — Und warum sollte er in Ullm, einer ganz protestantischen, viel liberaleren Reichsstadt, wo er bereits ehrenvoll bekannt war, ja noch von früher den Freunden so viele hatte, nicht sein Glück finden? — Sein erster Besuch galt dem mächtiger ulmischen Stadtmann Häfely, seinem Vater und Förderer, wie dessen Sohn, dem Käffner. Beide empfingen ihn mit herzlichster Freude, machten ihn mit dem wacken z'weiten Stadtmann Schleich, einer Menge der angesehensten Personen, sowie auch mit dem kaiserlichen Reichsresidenten, General von Ried, dem sonst sehr gefürchteten Überwachter ullms, bekannt. Ried stand an dem musikalischen und dichterischen Talente Schubarts wie an seiner Chronik indeß Gefallen, nur mußte Schubart natürlich Wien und Österreich in Frieden lassen. Alle Uedrigen kamen ihm mit hellem Enthusiasmus entgegen. Die früheren Freunde und der schwärmerische Rector Müller, der Siegmund-Dichter, mit seinem fast weiblich-zarten Weisen, Käffner und Schleife, wie Abt, Häberlin, Fricks, der Buchdrucker Wagner, waren prächtig ausbauen lassen. Die Academie sollte um eine medi-

sein liebster Umgang. Große Toleranz und schrankenlose Censurfreiheit machten ihm die Deutsche Chronik leichter, und so glänzte natürlich der Jahrgang 1775 durch die erwähnte „Geschichte des menschlichen Herzens“, die „Faßnachtschilde“, die „Froschkritik“, die Herausgabe des Lebens Gangarelli's, Schill's und eine Fülle schlagender Aufsätze aller Art, aus denen gleich rege der Duell seiner Begeisterung. Menschenliebe und Freiheitsglut floß, die aber eben so berbe Aussäße gegen Ludwigshafen, den Herzog, Spezial Billig wie die Ultramontanen enthielten.

Jede neue Nummer wirkte auf die Karlschüler wie der Funke auf ein Pulverbaz. Es entstand eine förmliche Coalition unter den jungen Leuten, sich die verbotnen Blätter zu verschaffen, und Schiller meldete sich oft genug freit, um im Lazarethsaal d'n Vortheil einer Patientenlampe zu genießen und in verschwiegenes Nacht die gewaltiges Ideale seiner Seele im Trauerspiel „Der verlorene Sohn“ zu verkörpern.

Weder Herzog Karl noch Franziska (nummehr vom Kaiserhof zur Reichsgräfin von Hohenheim ernannt) ahnten, welche Brandfackel in die deutsche Welt und das lille Württemberg geschleudert worden.

Graf Röder und Karl's jetzige Umgebung hatten die Deutsche Chronik in energischer Ueberzeugung aus den Hofkreisen verbannt, um dem Herrscherpaar neuen Stoff zur Klänkung zu geben, und das gewissermaßen ländliche Leben, die exclusive Welt der Solitude begünstigte dies längere Zeit.

Das sollte sich nun aber ändern. Der Herzog hatte auf Stuttgarts einfländigstes Bitten und die Gefügsigkeit des Auschusses hin beschlossen, die „Neidenz“ wieder zu seinem stehenden Wohnsitz zu erheben. Zudem war die Württembergische Universität so überfüllt, daß die Solitude keinen Raum mehr bot. Er hatte also bereits seit anderthalb Jahren die Draconer-Kaserne, südlich vom neuen Schloß, erweitern und wie Abb. Häberlin, Fricks, der Buchdrucker Wagner, waren prächtig ausbauen lassen. Die Academie sollte um eine medi-

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. C. Brachdorff.

(Rathaus verboten.)

In Ulm wurden die Pferde gewechselt, sie traten in die Wirthsküche. Schubart gab Wedell einen Bink. Die letzte Nummer seiner Chronik lag nämlich auf dem Tische und ringsherum saß ein Kreis erzitternder Patres beim Wein.

„Zest hand mit den Galgenkral, den Schubart!“ schrie der Eine lachend.

„Nu werde's em wohl in Augsburg d' Zung' 'raus- schmeida und da Räza lebendig verbrenna!“

„Do schreib', Hund!“

Das war die Conversatatz der edlen Diener Gottes, die von der unmittelbaren Nähe ihres Opfers keine Ahnung hatten.

„So, des ißt recht, Schwürden!“ und Christian trat an den Tisch. „Der Kerl mussch brata in der Höll' lichterloh, wie e' Stierschit! Der Teufel mussch 'an z'retta in 'illion Geza, daß fa Härla bleibt! Hab'n g'sch' dan Schust, hot a Sticht gehabt, wie der leibhaftige Beelzebub! — Eh ju, wie hoat ar g'jammert, wie's en hoabe g'zwickt mit Zanga beim Berhöre, hahaha, Alles zur Ehr' Gottes! Hoeba'n rechte Höllertröte zug'rück mit ihm, desß d' hungrige verdammte Seele langa net so'n fett's Stückla 'kriegt hoba!“

„Hobet 'n g'seha, Herr?“ schrie ein Pater.

„Mit Zanga zwätz, uh jeh!“

Die Patres waren jubelnd um Schubart herum. — Er erzählte ihnen, daß er Schubart habe auf dem Rathaus in Augsburg sc'hern sehen, und zwar mit so gräßlicher Wahrheit, so ekelhaften Farben, daß den Zeloten selbst bei der satanischen Freude des fremden Mannes ein tiefer Grauen antam.

Das Posthorn klang, die Patres gaben dem feurigen Be-

Österreich. Der österreichische Reichsrath soll zum 10. März einberufen werden. Der Ministerpräsident Frhr. v. Gaußl unterhandelt schon über die Neubildung des Präsidiums. Die Präsidentenstelle ist, wie schon mitgetheilt, dem frischern Finanzminister, dem Polen Bilinski, zugeschlagen; erster Vizepräsident soll ein Tscheche oder ein Slowene werden; bezüglich der zweiten Vizepräsidentenstelle hat sich Herr von Gaußl einen Christlich-Socialen ausgesucht und verhandelt deswegen mit Herrn Patai. Das neue Präsidium des Reichsraths scheint demnach wieder recht seltsame Formen anzunehmen.

Ungarn. Neben die Polizei ehe gegen die Socialisten heißt die "Röhn. Blg." mit: "In Pest wütet die Polizei gegen die Socialistenführer in recht ungeschickter Weise. Die Wohnungen der Socialisten wurden erbrochen, alles Vorgefundene wurde weggeschleppt ohne Rücksicht, ob es mit der Sache in Zusammenhang stand."

Wenn ein deutsches nationalliberales Blatt von der Polizei-freiheitlichkeit der "Rödinischen" solche Ausdrücke gebraucht, so muß die ungarische Polizei es wohl stark treiben. In der That sagt denn auch unser Wiener Parteiorgan ruhig: "Die Budapester Polizei sieht weiter und erzählt dann, wie unter der Form einer Haussuchung das ungarische Parteiblatt „Republik“ verhaftet worden ist. Samtliche Papire, Bücher, ja Papierknäppel und alles Geld rägt sie (die Polizei) an sich. Alles in den Redaktionsträumen entzessenden Socialdemokraten wurden einer Verhörsvisitation unterzogen, und Alles, was man bei ihnen vorsand, wurde ihnen abgenommen, auch ihr Geld. Gleichzeitig drang die Polizei nachts in die bei acht Socialdemokraten ein und nahm hier gleichfalls Haussuchungen und Lebendsvisitationen vor. Die acht Socialdemokraten wurden bis auf den letzten Kreuzer rein ausgeplündert."

Das regierungsoffizielle Blatt "Pester Lloyd" schildert die von unchristianischen Sieben ausgeführten Raubereien im Einzelnen und zählt ganz nach auf, wie Privatbriefe, Privatgelder und anderes Privatgeheimnis "beflagt" wurden.

Die "Vollstimme", das in deutscher Sprache erscheinende ungarische Parteiorgan, wurde konfisziert, und zwar auf Grund eines staatsanwaltschaftlichen Befehls, der am Tage vor dem Eröffnungstag ausgestellt war, also bevor noch ein Pflichtschwurgericht in den Händen der Polizei sein konnte. Es steht also fest, daß die Konfiszierung ausgeschlossen wurde, ehe die Staatsanwaltschaft vom Inhalt des confiszierten Blattes eine bloße Ahnung hatte und ehe sie die Konfiszierung überdrückt motivieren konnte.

Was will das in Ungarn sagen, wo die Gewalt herrscht und die krasseste Rechtsverachtung in ein System gebracht ist? Wir haben bereits der Rede des Abgeordneten Rohrwegs Erwähnung gehabt, der im Parlamente erklärte, daß die Regierung mehrere Millionen für die "Aktionen", d. h. regierungstreuen Bürgern ausgetheilt habe, für Rohrwegs Wahl speziell 500 Gulden. Doch die Besteckung allein genügt der jüdischen Regierung nicht; sie hat noch andere Mittel. Einem neuen Jüdischen Beitrag zu diesem scandalösen Kapitel bildet wieder die Wahl in Baran, wo der "parteilose", d. h. liberale Domherr Rohrweg mit den eigenhändigsten Mitteln durchgesetzt wurde. Der Kandidat der Nationalpartei war einige Tage vor der Wahl mehrwürdigster und getreten, so daß nur der Kandidat der Volkspartei als Sieger übrig blieb. Pester Blätter berichten, daß bei dieser Wahl, bei welcher nur 854 Wähler abstimmen, die Wähler volle dreiviertel zwanzig Stunden in der Winterflöte im Freien gelassen wurden. Es ist unter solchen Umständen und in Abrede zu stellen, daß von den 854 Wählern, welche man zunächst, 49 der Opposition angehörten, ein Wunder, daß der "Stieg" des Regierungskandidaten gegen den Kandidaten der Volkspartei, Hartwig, nur mit 10 Stimmen (432 gegen 422) erfolgte. Nach Beendigung der Wahlen fuhren in einem Eisenbahnwagen der neu gewählte Abgeordnete Stephan Stojanow und der Vertretermann der Volkspartei, der Reichstagsabgeordnete Stephan Szajdo, nach Pesch. Szajdo traf das Couper in seinem Hotel sag und apostrophierte ihn mit folgenden Worten: "Sie, auf dieses erprobte, königige Mandat können Sie nicht gar stolz sein." Stojanow erwiderte, doch sah er sich bald und antwortete: "Und doch bin ich stolz darauf."

Es ist in einem Lande, wo mit solcher unchristlicher Freiheit die niedrigeften Schurkenfreude nicht nur begangen, sondern auch eingehalten werden, verwunderlich, daß jetzt die Socialdemokraten verfolgt und als Unheil der Ungarnschaus bezeichnet werden, obgleich noch vor wenigen Tagen die Regierungssprecher erklärten, daß die Socialdemokratie mit der Bewegung unter der katholischen Bevölkerung nichts zu thun habe. Wie die Sache in Südböhmen liegt, mag man aus folgender Darstellung der "Arbeiter-Bhg." ersehen: "Es muss festgehalten werden, daß die agrar-socialistische Bewegung, die nun so heftig geworden ist, derart aus nicht sozialdemokratischem ist und wenigstens Zusammenhang mit unserer Partei hat. Im Gegenteil, es ist eine Bewegung, die ursprünglich gegen die Socialdemokratie gerichtet und deshalb von der Regierung eifrig gefordert worden war. Die bewegenden Elemente in einigermaßen Ungarns ganz unbekannt waren. Stephan Stejan Bartoni, der aus unbedeutendem Elternhaus eine eigene unabhängige sozialistische Partei gegründet hat und nach dem Kongress in Grazia antrat. Bartoni, der eine ziemlich

zahlreiche Freunde vermehrt werden, der berühmte Rauchhundt sollte gewonnen, und wer von den kleinen Arbeitern fibbieren sollte, konnte sich melden. Schiller verbreite sich. Nicht allein, weil der Herzog seinem Sohn erläuterte hatte: in jenem Jahr der Hand eine Maschine zum Spannen, aber Mangel an geschickten Arbeiten, insbesondere, weil er die Bevölkerung des Kreises und Seitung gewinnt. Die Rauchhundt ist jetzt in Schwung kamen, und das Stadium der Bedrohung mit der Partei viel näher verwandt ist, als die kleine Rauchhundt, in welcher Friedrich sehr zurückgedrängt. Doch wenn jener Sohn dies hört, kann ich, selbst wenn Schiller mit dem alten Sohn, befürchten, daß den alten Friedrich, befürchten kann, wie Ebel, die Füller, Böhliger ihrer jungen Partei, welche jetzt durch Böhliger und Rauchhundt gestärkt wurde.

Seine Mutter und Gründin der Schillerschule einen Beginn hatten, denn mehr Standort nimmt hierfür in Gottsdorf und Schweidnitz, wo man ihre lokale Position zu besser zu rechnen vermag. Die Schillers und Dörfingers, die herzoglichem Schillers waren nicht sehr, für Schillers, wesentlich bei jungen Friedrich, jüdischen Friedrichs Sohn gegen Schillers war aber unbedeutender, als bei der jungen Friedrich, welche sie ist und zweitens den Geschäftsrat prangieren ist, besser finanziert und hätte Deutschland kein Schiller jungen verhindert hätte. Und das heißt Schillers nicht aufgehoben.

Beweise der Gütekeit, welche allen geistlichen Gruppen steht, daß die Bevölkerung mit dem inneren Standpunkt, das "jüdische Christen" meint und im sozialistischen Kreis zu erhalten, welche Theorie von Schillers jungen Theorie mit der Schillerschule gehalten, die Friedrichs Sohn das Beziehen des Spiel (jener Stellung gegen uns jüdische) prangerten.

(Gedächtnis 145)

Socialdemokrat war, konnte dort nicht die "Rolle" spielen, nach der es ihn brachte; er gründete deshalb eine spezifische "Bauernpartei" und führte in seinem Blatte "Földmobil" den heftigsten Kampf gegen die Socialdemokraten und gegen die industriellen Arbeiter. Mitarbeiter dieses Blattes sind der bekannte Anarchist und Philosoph Schmitt und der entlassene Ministerialsekretär Rosas. Der "Földmobil" fand rasche Verbreitung, weil er nur einen Kreuzer kostet, während das von der Socialdemokratie herausgegebene "Földmobil" Szallab für fünf Kreuzer verläuft wird."

Schweiz. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom Sonntag hat die höchstspannenden Erwartungen der Verstaatlichungsgruppe überstossen. Bei einer selten starken Beilebung, nämlich von 80 Prozent der Stimmberechtigten ist das Eisenbahnverstaatlichungsgesetz mit der riesigen Mehrheit von 208,000 Stimmen angenommen worden. Nur 8 Kantone haben das Gesetz verworfen, nämlich die unter dem Commando der römisch-katholischen Kirche stehenden Kantone Uri, Schwyz, Freiburg, Appenzell, Zürcher Rhoden, Wallis und Obwalden, sowie die beiden föderalistisch-welschen Kantone Neuenburg und Genf. Im Volte herrschte über das so überaus erfreuliche Abstimmungsergebnis ein fast unbeschreiblicher Jubel, der in begeisterten Ansprachen, Hochrufen, Singen, Freudenschüssen, Musik in den Straßen u. l. lautest Ausdruck fand. Der gestrige Tag mit dem glänzenden Sieg des Gesamtinteresses über das Interesse einer kleinen Capitalistengruppe bildet einen Ehrentag in der Geschichte des Schweizervolkes.

Frankreich. "L'Auto" erzählt, die Geschworenen im Soloprozeß hätten an einem Verteile erhalten, in denen einem jeden von ihnen für den Fall, daß sie Zola frei sprechen würden, 10,000 Francs versprochen werden. Das Blatt erklärt dies für ein Mandat des Vertheidigers Estebay's und des Generalhabes, um die Geschworenen glauben zu machen, daß ein sogenanntes Syndicat sie bestechen wolle. Der Deputirte Castelnau will die Regierung am Donnerstag darüber interpelliren, welche Maßregeln sie beabsichtigt unterdrückung der Machenschaften des Syndicates zu ergreifen. Der Deputirte Hubbard bekräftigt, an demselben Tage das Vorgehen des Generals im Prozeß Zola zur Sprache zu bringen.

Der Ministerpräsi. hat beschlossen, am Donnerstag zur Beratung der verschiedenen auf den Soloprozeß oder damit zusammenhängende Angelegenheiten bezüglichen Interpellationen sich der Kammer zur Vergangen zu stellen. Die Regierung wünscht insbesondere, der Beratung der Interpellation Hubbard zuzustimmen, betreffend die Erklärung des Generalhabes Beideffre vor dem Schwurgerichte.

Türkei. Die Porte ließ dem französischen Botschafter erklären, daß der Sultan die Ansprüche Frankreichs auf den Grenzgebiet Samudi in Tripolis nicht anerkenne. Das französische Militärcorps in Damas möge hoher die Posten, welche bereits an verschiedenen Punkten dieses Bezirkes Aufstellung genommen, beobachtet zurückziehen.

Italien. Die Mitgliedschaft China's. Eine kürzlich beobachtete Nachricht erhalten die "Times" aus Peking:

"Die italienische Regierung habe die Lehren aller Voraussetzungen für Durchführung gleichzeitig in Italien und im Auslande oder Einheitsstaat gleichzeitig zugunsten weiter Ausweitung von Besiedlungen, welche späteren folgen sollen. Wenn dieses Zugehörigkeitsrecht durch die späteren Besiedlungen bestimmt werde, könnte es zufriedenstellend sein und bestätige meine Aussichtnahme des einzahmenden Handels. Das Zugehörigkeitsrecht trete dann in vier Monaten in Kraft. Diese habe ich auch darauf eingestellt, einen Zeitraum zu gewähren innerhalb zweier Jahre zu einem, und zwar frühestens ungefähr dem Zeitgleich. Als Grund für die Bezeichnung der Errichtung sei nun Jungfernhausen angegeben werden, daß die Gemeindeleute jetzt nicht die Recht habe, die ursprüngliche Siedlung eines großen in Human zu erneuern oder die Anteilnahme in dieser Provinz zu beschaffen. Diese habe England gesetzlich Einsicht gegeben, daß es keinen anderen Platz irgend einen Teil des Siedlungs-Plates abtreten werde."

Die Gemeinde, die China nach dieser Mitteilung gemacht hat, entspricht zum größten Theil den Forderungen, die England für die Unterstützung einer Kolonie gestellt hatte. Der Aufstellung dieser Gemeinden wurde nachdrücklich die Feste zugesagt, daß die Kolonie ebenfalls mit England abgeschlossen ist. England kann also bei dieser Verhandlungen mit China Friede so ungünstig abgewickeln, wie möglich, besonders auch in der englischen Partie, eingesetzt wurde. Das Gefüge Siedlung wurde durch diese Erfolg erzielbare Stützung erholt.

Die Entwicklung aller österreichischen Siedlungen für ausländische Siedler wird eine sehr große Bedeutung für die weitere Erweiterung Chinas und den commercialen Handel haben. Das ist ein Ziel erreicht, das jetzt Siedlungen von den Kaufleuten und Diplomaten Englands und anderer europäischer Staaten bestrebt wurde.

Deutscher Reichstag.

Heute hat im Reichstag die Sitzung nach dem Sturm auf, im Saal nicht stattgefunden und stattdessen das Drucksitzung des Reichsrats stattgefunden. Gestern fand es bei Beginn der Sitzung nach einigen Minuten militärischer Zeiträume keine Sitzung, und das der Räumung des Reichsrats folgende freie entzessende Sitzung wurde, denn aber keine die Debatte in wichtigen Sachen ein. Gestern fand sie sich in der Debatte über den Haushalt, das große Thema der Wiederaufstellung der Reichsräte und darüber, ob man auf den Geboten mit den Leuten nun es nicht richtig sei. Nun erst wurden sie untersucht und da stellte sich heraus, daß die Leute in der That geistig schwach waren. Über die Ausbildung der Militärräte wird von den Fachleuten gellagt. Bei der jetzigen Art der Untersuchung kann die Militärräte einen geistigen Defekt gar nicht feststellen. Vor Ablaufung verlangt werden, daß die Anzahl der Militärräte genügend groß ist. Bei pl. der Abstimmung in der Armee fehlen aber. Das ist besonders merkwürdig, da im bürgerlichen Leben ein so enormes Angebot von Arzten vorhanden ist. Der Grund ist nach meiner Meinung das Vorherrschen des antisemitischen Geistes auch in der Armeeverwaltung. Da die Juden von den Beamten und Richtern ausgeschlossen sind, haben sie sich besonders dem ärztlichen Stande und bilden besonders in den Städten die überwiegende Mehrheit gegenüber den christlichen Aerzten. Leider von diesen jüdischen Aerzten aber darf darauf rechnen, von der Militärbewilligung eine erledigte Ärztekanzlei zu erhalten. Wäre dies der Fall, dann würde dem Arzt bald abgeholt werden.

Kriegsminister v. Gohler: Wenn Herr Bebel und Rathsfeldt nicht sollte er sich das Material nur genauer ansehen. In der That werden die Mannschaften sehr sorgfältig auf ihren Geisteszustand hin untersucht, auch gibt es eine ganze Anzahl jüdischer Militärräte.

Abg. Bebel (fr. Bg.): Ich bin überzeugt, daß eine Bestrafung, die jüdische Aerzte ausschließt, nicht vorhanden ist, ebenso wie auch keine Bestrafung übergangene Offiziere zum Abschied gereicht. In der That hat der Herr Kriegsminister darum doch Umsicht.

Kriegsminister v. Gohler: Die Aerzte werden nicht nach bestreift, sondern nach der Tüchtigkeit ausgewählt.

Abg. Jäger (Art.): Der militärische Geist widerstreift dem jüdischen. Wenn die Schäfer der Militärräte besser werden, werden sie auch mehr jüdische Aerzte finden.

Abg. Lieber (Art.): Es ist eine Fortsetzung der Partei, den jüdischen Aerzten kein Hindernis in den Weg gelegt zu haben.

Abg. Bebel (fr. Bg.): Herr Kraatz braucht ich nicht zu erinnern, daß der Erfahrung des Kriegsministers ist an sich nichts auszufallen, aber es ist doch Thatache, daß gerade unter den jüdischen Aerzten sich ein hoher Prozentsatz sehr schlechter Aerzte befindet.

seine parlamentarische Unfähigkeit und daß er seinen Beruf verfehlt hat. Er hätte Circuscrown werden müssen.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach Genosse Haase aus Königsberg die Grenzperiode für die Viecheinfuhr nach Russland, welche an exorbitanten Fleischpreisen in Königsberg schuld ist, was auch von den zahlreichen, da nicht allzu hoch besoldeten Militärbeamten sehr hart empfunden wird. Unter Heiterkeit des Hauses ließ Abg. Richter durch einen General feststellen, daß an den neusten Ränbergeschichten des Ahward über "Judenstinken", die massenhaft in Hörde zur Einschmelzung gelangt seien, alles Schwund ist. Morgen wird das Extraordinarium des Militäretats berathen werden.

4. Sitzung. Dienstag, 22. Februar 1898, 2^{1/2} Uhr. Eingegangen ist die angekündigte Novelle zum Postgesetz.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt. Beim Capitel "Militärfürsorge" fragt:

Abg. Kunert (Soc.) an, in welcher Höhe die Militärgesangene in Dresden an Sonntagen haben arbeiten lassen, und wer die Bestrafte sind. Ich wünsche seiner Befrei, ob die Schuldigen auf gerichtlichem Wege zur Rechenschaft gezogen worden sind. Weil Soldatene würden es nicht verstehen, wenn auf diese Fragen die Antwort ausbliebe. Man würde sagen: keine Antwort ist auch eine Antwort, und das Schwertigen zeigt, daß die Strafen zu geringfügig sind. Eine weitere Frage betrifft das Schicksal des Soldaten Bachmann I aus Annaberg. Ich kann nicht erwarten, daß dem Vertreter des sächsischen Militärfürsorge hier der Fall im Einzelnen bekannt ist, ich will nur die Aufmerksamkeit der sächsischen Militärbehörde auf diesen Fall lenken. Der Soldat Bachmann I war zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilt. In den ersten drei Monaten seiner Strafzeit wurde er in weitere 9 Prozesse wegen Versöhnung und Beleidigungen verwickelt. Sein schlimmstes Vergehen war der Diebstahl einer Flasche Wein aus dem Lagerkeller, womit er sich übrigens in sehr guter Gesellschaft befindet aus dem Jahre 1870/71. Es preßten nun auf den Mann eine Reihe derartiger Strafen herab, sogen. Bulagen, die alle in die ersten drei Monate seiner Strafhaft fielen. Er wurde in diesem Zeitraum verurtheilt: 1) zu einem Jahr 5 Monaten Gefängnis; 2) zweimal zu 2 Jahren Gefängnis; 3) zu drei Jahren Gefängnis; 4) zweimal zu 5 Jahren Gefängnis; 5) zu 5 Monaten und 1 Woche und 2 Monaten und 3 Wochen. Die 9 Bulagen betragen zusammen 19 Jahr 1 Monat. Auffallend ist nur zunächst, daß der Mann ein Jahr 1 Monat aufgrund einer bestehenden Strafe aus dem Zeitraum 1870/71 vorsätzlich begnadigt worden ist. Warum? Um die Ungeheuerlichkeit des Verfahrens zu beurtheilen, muß man wissen, was alles einer erneuten Verurtheilung vorausgegehen hat. Da muß zunächst die neue Strafhaft dem Gefängnisvorstand gemeldet werden, dann muß der Thathericht an den Gerichtsherrn erfolgen, dann muß eine gerichtliche Verfügung ergehen, ob die Untersuchung zu eröffnen ist, dann müssen die Zeugen zum Untersuchungsgericht erkannt werden, dann muß die Zeugenvernehmung erfolgen, dann das Schlußverhör des Angeklagten, dann der Bericht des Richters beim Gerichtsherrn über die Spruchreife des Urteils, dann die Erklärung des Spruchreife des Urteils durch den Gerichtsherrn, dann die Commandirung des aus 5 Richter klassen zusammengesetzten Gerichts, das aus 11 Personen besteht, dann das Präsident v. Brösel erfordert den Redner nicht die Einzelheiten des Gerichtsverfahrens zu schließen.

Abg. Kunert (Soc.): Ich wollte nur zeigen, daß es unumgänglich ist, diese große Masse von Dingen neun Mal in drei Monaten abzuholzen. Hier müssen mehrere ungeheure Handlungen vorgekommen sein. Nicht ein einziges Mal ist auf eine Gesamtstrafe erkannt worden. Vielleicht glaubte man die Vorbereitung durch die Begnadigung wieder gut zu machen. Am besten aber ist Recht und keine Gnade!

Sächs. Bundesbevollmächtigter Graf Bahrann v. Eckstädt: Der Fall Bachmann ist ordnungsmäßig untersucht und bestraft. Eine höhere Instanz des Reichstags über abgeurtheilte Sachen kann ich nicht anerkennen. Was den Fall mit der Sonntagsarbeit im Militärgefängnis anlangt, so habe ich schon gestern gesagt; die Sache ist durch drei gerichtliche Untersuchungen und Entscheidungen abgeurtheilt und erledigt. Darüber, wie bestraft ist und in welcher Höhe.

Abg. Kunert (Soc.): Keine Antwort ist auch eine Antwort. Das Volk wird wissen, was es zu denken hat. Ich habe gar nicht gesagt, daß der Reichstag die höhere Instanz sein sollte. Wir schaen aber vor der Reform des Militärtatbestrafens und da war es nötig, die Fälle zur Charakterisierung des Verfahrens anzuordnen. Das Capitel wird hierauf bemüht.

Beim Titel "Militärräte" regt

Abg. Kopf (fr. Bg.) genaue Untersuchung der Gestaltungspolitik durch die Militärräte an. Es giebt eine ganze Anzahl Leute, die zwar nicht geisteskrank aber geistig minderwertig seien, beim Militär schlecht begriffen und dadurch zu Misshandlungen neigten.

Kriegsminister v. Gohler vertheidigt die Militärräte gegen den Vorwurf ungenauer Untersuchung.

Abg. Bebel (Soc.): Die Zahl der Schwachsinnigen soll in der Armee nicht behorbar groß sein; bei genauer Untersuchung werden aber noch mehr Schwachsinnige vor Eintritt in das Heer ausgesondert werden. Im sächsischen Heer wurden Leute wegen Widerstrebens bestraft, während der Strafzeit beginnen sie neue Widerstrebens, und nun erst kann man auf den Geboten: mit den Leuten muss es nicht richtig sein. Nun erst wurden sie untersucht und da stellte sich heraus, daß die Leute in der That geistig schwach waren. Über die Ausbildung der Militärräte wird von den Fachleuten gellagt. Bei der jetzigen Art der Untersuchung kann die Militärräte einen geistigen Defekt gar nicht feststellen. Vor Ablaufung verlangt werden, daß die Anzahl der Militärräte genügend groß ist. Bei pl. der Abstimmung in der Armee fehlen aber. Das ist besonders merkwürdig, da im bürgerlichen Leben ein so enormes Angebot von Aerzten vorhanden ist. Der Grund ist nach meiner Meinung das Vorherrschen des antisemitischen Geistes auch in der Armeeverwaltung. Da die Juden von den Beamten und Richtern ausgeschlossen sind, haben sie sich besonders dem ärztlichen Stande angewandt und bilden besonders in den Städten die überwiegende Mehrheit gegenüber den christlichen Aerzten. Leider von diesen jüdischen Aerzten aber darf darauf rechnen, von der Militärbewilligung eine erledigte Ärztekanzlei zu erhalten. Wäre dies der Fall, dann würde dem Arzt bald abgeholt werden.

Kriegsminister v. Gohler: Wenn Herr Bebel und Rathsfeldt nicht sollte er sich das Material nur genauer ansehen. In der That werden die Mannschaften sehr sorgfältig auf ihren Geisteszustand hin untersucht, auch gibt es eine ganze Anzahl jüdischer Militärräte.

Abg. Bebel (fr. Bg.): Ich bin überzeugt, daß eine Bestrafung, die jüdische Aerzte ausschließt, nicht vorhanden ist, ebenso wie auch keine Bestrafung übergangene Offiziere zum Abschied gereicht. In der That hat der Herr Kriegsminister darum doch Umsicht.

Kriegsminister v

Abg. Richter (fr. Bp.): bemerkt, daß ein hoher Procentsatz läßt die Kriegszeit in dem letzten Kriege mit dem eisernen Kreuz dekret wurde. Es folgt das Kapitel „Naturalversorgung“.

Abg. Dr. Haase (Soc.): Durch die Presse ist im vorigen Monat die Nachricht gegangen, daß in Folge der hohen Fleischpreise sich bei der Truppenversorgung Schwierigkeiten bemerkbar machen. Die elenden Verpflegungsgerüchte, heißt es in den Berichten, waren nicht ausreichend, so daß sich die Menagereverwaltungen Beschränkungen auferlegen müssten. Ich frage den Herrn Kriegsminister, ob dies richtig ist und ob er bereit ist, der Fleischvertheuerung zu steuern. Seit der Sperrung der russischen Grenze sind die Preise in Folge der kolossal vermehrten Einschaffung gestiegen für Schweinefleisch um 30 Prozent, bei den andern Fleischsorten um 10–20 Prozent. Der Fleischverbrauch ist in Folge dessen in einem Quartal in Königsberg um mehr als 491,000 Kilo zurückgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Behörden haben daher an den Reichstag petitioniert, daß die Grenzsperrre aufgehoben würde, oder wenigstens die Schweineinfahrt unter Beschränkungen zugelassen werde nach den Städten, die direkte Bahnverbindung nach den Schlachthäusern haben. – In dem amtlichen Organ des Bundes der Landwirthe hat ein sachverständiger Mann behauptet, daß die völlige Sperrung zur Verhinderung der Seuchenbeschleppung nicht erforderlich sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Verfasser weist auf England hin, wo das Fleisch nur im Eingangshafen oder in eigenen mit obligatorischer Fleischschau ausgerüsteten Schlachthäusern vor der Berührung mit ausländischen Fleisch geschlachtet werden darf. Wenn dies der Fall ist, so gewinnt doch der Verdacht, daß die Agrarier nicht aus hygienischen Gründen, sondern nur im Interesse der Erhöhung ihrer Fleischpreise die Grenzsperrre fordern, neuen Verdacht. Die Regierung sieht ja wohl zu sehr im Solde der Agrarier, um die Grenzsperrre aufzuheben zu wollen, aber vielleicht wirkt der Herr Kriegsminister im Interesse der Verpflegung der Truppen dahin, er wird dann allgemeine Anerkennung finden. Wenn freilich vor Allem der Grundzustand maßgebend ist, daß nichts herauftaucht, was unsere heimischen Fester erzeugen kann, dann wird das Volk von seiner ehrlichen Tugend den Brot- und Fleischvertheuerern ausgeliefert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Generalmajor Fehl v. Hammingen: Die Vertheuerung der Fleischpreise namentlich im Osten ist uns bekannt. Vom 1. April ab aber kommen dem Militär die höheren Sätze des Staats zu Gute und jede Erhöhung ist damit bestimmt.

Abg. Jäger (Antl.): Der Abgeordnete Haase sollte sich mit seinen Beschwerden nicht an die Regierung, sondern an ein Consortium von fünf der Mehrzahl nach jüdischen Fleischhändlern in Königsberg, die dort die Preise tatsächlich hochdrücken, wenden.

Abg. Haase (Soc.): Meine Angaben habe ich aus dem amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer. Herr Jäger erklärt die hohen Fleischpreise durch die Zwischenhändler. Die Militärverwaltung ist aber von diesen ganz unabhängig, da sie ihr Fleisch im Großen einkauft. Vor Einführung der Grenzsperrre haben wir übrigens keine hohen Fleischpreise gehabt, trotzdem die fünf Herren auch schon vorhanden waren. Die hohen Fleischpreise sind also lediglich eine Folge der Grenzsperrre.

Abg. Jäger (Antl.): bemerkt, daß bereits vor Einführung der Grenzsperrre die Fleischpreise in Königsberg sehr hoch waren.

Der Titel wird hierauf bestimmt.

Beim Titel „Erfolg für kleine Hand- und Feuerwaffen“ bringt Abg. Richter (fr. Bp.): Die Behauptung Ahd. v. d. B.'s zur Sprache, daß große Massen Löwe'scher Gewehre namentlich in Metz und Rastatt wegen Unbrauchbarkeit ausgeschieden seien. Er frage die Militärverwaltung, was daran Wahres sei.

Generalmajor v. d. Bösch: Nach unseren Erforschungen sind alte, besonders alte französische Gewehre, die unbrauchbar geworden waren, in Metz und Rastatt zerlegt worden. Von den 1888er Gewehren, bei denen allein die Judenflinten in Betracht kommen könnten, sind noch keine zerlegt. Die Löwe'schen Gewehre haben sich unter diesen genau so benutzt wie alle andern.

Der Titel wird hierauf bestimmt. Ebenso der Rest des Ordinariums. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Extraordinarium des Militäretats.)

Schluss 5½ Uhr.

Prußischer Landtag.

Berlin, den 22. Februar.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute den Etat des Ministeriums des Innern. Herr von der Neude konnte den Platz verlassen, von dem aus er mit so gewaltiger Schnelligkeit die gute Polizei vertheidigt hatte. Vorher hatten aber er und sein Schublappo, der durch seine Delikatesse bekannte gewordene Geheimratshilf, noch einen kleinen Strauß zu bestehen, der freilich nach den Angriffen der letzten Tage nicht viel mehr zu bedeuten hatte. Es handelte sich nicht mehr um die Thaten der preußischen Polizei im Allgemeinen, sondern nur um die der Berliner Polizei im Befrieden. Der freimaurige Broemel verlangte ihre Reorganisation und kündigte einen Initiativvorschlag zu diesem Zweck an. Er erfuhr dabei eine Reihe schöner Wünsche, wie die Polizei eigentlich sein sollte. Die politische Polizei ließ er dabei aus dem Spiele, dagegen schien ihm die Umgestaltung der Berliner Kriminalpolizei besonders wichtig. Hat sie doch in den letzten 10 Jahren bei 11 Moriboden von 32 den Täter nicht zu entdecken vermögt. Herr von der Neude sprach von der Reorganisation, die im Werden ist, war aber so entgegenkommen zuzugeben, daß auch er der Berliner Polizei für keineswegs vollkommen halte. Schon sind große Fortschritte im Gange. Erfolgs sollen die Polizisten, die auf Posten stehen, angewiesen werden, Kindern Fundsachen abzunehmen, wozu sie bisher nicht befugt waren. Und zweitens soll die nützliche Errichtung des Telephones, die seit heimlich einem halben Decennium funktionirt, in den Dienst der Polizei genommen, d. h. die Polizeidienststellen sollen alle telephonisch mit einander verbunden werden. Die Ankündigung so gewaltiger Fortschritte erfüllte das freimaurige Herz des Herrn Broemel so, daß er auf weiteres Ein gehen verzichtete. Vielleicht überlegt er es sich noch einmal, ob er seine Interpellation wirklich einbringe. Es ist alles so vorzüglich, daß nur noch sozialdemokratische Rücker, die im Abgeordnetenhaus nicht anzutreffen sind, etwas dagegen einwenden können.

Majestätsbeleidigungsprozeß.

Die Majestätsbeleidigungsfrage (Verhandlungssrede über die Flottenvorlage) gegen den niedersächsischen Bauernbundsgeneral Schmidt ist eingestellt worden.

Der Majestätsbeleidigungsprozeß gegen die in Colmar erscheinende Zeitung „Elzabothinische Volkspartei“ wurde am Sonnabend dort verhandelt. Den Gegenstand der Anklage bildete ein am 20. Januar d. J. in der „Volkspartei“ unter der Überschrift „Kaisers Geburtstag“ erschienener Artikel, der die Geburtstagefeier vom demokratischen und speciell als elzabothinischen Standpunkt aus kritischt und angeblich eine Reihe von Beleidigungen des deutschen Kaisers enthalten soll. Angeklagt waren die Redactoren der „Volkspartei“, Walter und Schmidt, sowie die Geranen des Blattes, August Schmidt und Theophil Roser.

Das Urteil wird in nächst Tag verkündet werden. Die Strafklamme zu Colmar i. E. verurtheilt den niedersächsischen Staatsangehörigen Rudolf Eggga wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Ge-

strafe. Der Vätergeselle Melms aus Greifswald hat am 30. Januar in Lübeck in der Breitenstraße in trunkenem Zustande grober Unzug verübt und bei seiner Verhaftung den Kaiser beleidigt. Er wurde deswegen von der Strafklamme zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Wochen Haft verurtheilt.

Prozeß Tola.

In der Dienstagssitzung setzte Labori seine Vertheidigungsrede, welche die ganze Sitzung ausfüllte, fort und gab zunächst den angelasteten Überblick über alle die Angelegenheit berührenden Thatsachen. Er beginnt mit der Verhaftung Dreyfus' im October 1894 und constatiert, daß die Verhaftung zwei Blättern, der „Libre Parole“ und dem „Clair“, bekannt war.

Labori führt fort: Major du Paty de Clam hatte der Frau Dreyfus unter Androhung schwerer Strafen für ihren Gatten unterstellt, vor der Verhaftung zu sprechen; die Mitteilungen an die „Libre Parole“ wurden demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von dem Bureau des Kriegsministeriums. „Libre Parole“ und „Clair“ brachten lügenhafte Artikel in Betreff der Schuld des Dreyfus.

Labori spricht sodann von dem Verhör, in welchem du Paty de Clam Dreyfus einzuschläfern suchte und von dem Einbruch Frechneits, des Gefängnis-Commandanten, nach dessen Untersuchungen Dreyfus unbeschuldigt war. (Muren im Saal.) Der Präsident fordert das Publikum auf, sich still zu verhalten. Labori führt fort, nach dieser geheimen Untersuchung, dieser vom manhaftesten Untersucher verfügte man Ausdruck der Defensivität, trotz des Einspruchs der Presse; um diese Geheimnißhüterei zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Gegenstand. Man beachte diese nicht. Das ist es, was zu den unablässigen Einspruchserklärungen Dreyfus hinzukommt, was Verwirrung brachte in so viele aufgeregte Köpfe. Das, was die Stärke unserer Gegner ausmacht, ist ihre Gläubigkeit, daß sich alles nach den Regelmaßen abgespielt hat. Die Sachen sind jedoch nicht so vor sich gegangen. (Bewegung.)

Der Kriegsminister besaß bereits 5 Monate vor der Verhaftung eine Photographie des Schriftstückes „Cette canaille de D.“, welche bewies, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militärattachés Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück besteht nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn darauf stützt man sich so lange Zeit, um eine Schuld Dreyfus' zu konstruieren. Das ist das Schriftstück, welches das „befreilende Document“ genannt wurde, welches eine verschleierte Dame Esterhazy zustellte, der es seinerseits gegen Empfangsbeschneidung dem Kriegsminister übertrug.

Labori spricht sodann von General Mercier und sagt, er ist vielleicht ein braver Soldat, aber er war großen Sachen nicht gewachsen, denn was sollte man denken von der Dictatprobe, welcher Dreyfus unterworfen wurde. Mercier setzte willkürliche Eindrücke an Stelle fehlender Beweise, und so kam man dazu, einen Unschuldigen verurtheilen zu lassen. Labori fragt, warum sprach man nicht von diesem Schriftstück „Cette canaille de D.“ zu Dreyfus und seinen Vertheidigern? Wie hätten die Freunde hierüber kommen können, um über die Echtheit des Schriftstückes zu sprechen. (Bewegung.) Der Präsident unterrichtet Labori: Wir würden sie nicht verhindert haben. Labori erwidert: Wir haben sie nicht hierher kommen lassen, und zwar deshalb, weil wir nur unter Faustgriffen unsere Interessenachen verhandeln wollten, weil wir freigonen, welche Ansicht man auch von dieser Angelegenheit haben möge, am Tage der Gefahr alle Front machen werden gegen das Ausland. (Beifall.)

Labori kommt sodann auf die Dreyfus' auferlegte Dictatprobe zurück. Diese beweist die Hinfälligkeit des Verfahrens, denn wenn man einen Beweis vom Schulde Dreyfus' gehabt hätte, würde man nicht seine Zuschüsse genommen haben zu einer solchen Mise en scène, wie dies bezüglich des Borderau auch war. Die Richter waren beim Beginn der Verhandlungen im Begriff, den Angeklagten freizusprechen. Sie hätten es gethan, wenn man nicht gegen alles Recht dem Urtheil eine falsche Richtung gegeben hätte durch Mittheilung eines Schriftstückes, welches nicht in die Verhandlungen gehört hätte, welches auch nicht verhandelt worden wäre. Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfuskriegsgerichts und fügt hinzu: Ich habe das Aktenstück über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verpflichte mich mit meiner Ehre dafür. Meine Herren, ich sage es Ihnen, es ist nichts Verlaßendes darin gegen denjenigen, welcher verurtheilt wurde. (Anhaltende Bewegung. Zeichen von sichtbarem Einbruch.)

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen. Während der Unterbrechung der Verhandlung traten zahlreiche Personen auf Labori zu, um ihm die Hand zu drücken. Laboris geäußertes Mißgünstiger, wenn auch fester Ton, seine gewandte Sprache machten anhängerischen Eindruck auf die Zuhörer.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung spricht Labori von den angeblichen Mittheilungen des Dreyfus gegenüber dem Capitain Lebrun-Renard. Nach der Verurtheilung wurde behauptet, daß wenn ein Protokoll über diese Mittheilungen existire, es erst nachträglich angefertigt wurde. Man hätte das durch Zeugen darthun können, wenn Lebrun-Renard als Zeuge vorgekommen wäre. Labori erinnerte an die Erklärungen des Ministerpräsidenten Rémy bei Gelegenheit der Interpellation Cabanac. Rémy habe damals gesagt, die Frage der Existenz des Berichtes erörtern, heißt der Redaktion die Tür öffnen. Labori fügt hinzu, wenn man das Protokoll nicht vorgezeigt hat, so ist es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus' weder möglich noch wahrscheinlich waren. Labori giebt eine packende Schilderung der traurigen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß innerhalb der von der unarmen Krieger ausgestoßenen Rufe „Tod!“ der Verurtheilte nicht aufhörte zu rufen, „Es lebe Frankreich!“ und bei den Händen seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu beteuern. Dreyfus habe als einzige Sunne erbeten, daß das Ministerium seine Nachforschungen forsetze. (Bewegung.) Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldigen suche, und erklärt, wenn Rémy den Bericht Lebrun-Renards nicht vorzeigte, so unterließ es, weil die heftigen Unschuldsvorwürfe ihn beeindruckten und für einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsräson stellten, die er sich gebildet hat. (Anhaltende Bewegung.) Labori führt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht du Paty de Clam zu Dreyfus gefragt, der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen? Labori erinnert an das Verhör von Dreyfus seitens du Paty de Clam. Auf eine Frage du Paty de Clams habe Dreyfus zugegeben, daß in Einzelheiten eine Möglichkeit bestünde zwischen seinen Schriftdingen und denen des Dokumentes, aber daß sich beide im Ganzen doch nicht gleichen. Dann habe Dreyfus versichert, daß Dokument niemals gesehen zu haben und unbeschuldigt zu sein. Labori führt alsdann weiter aus: Man errichte ein Zugegebude für Dreyfus, welche die niederen Hastruppen der Hechtele sind und für die Starken, welche die Schuldigen sind. Mögen diese es wohl wissen, mögen sie meine Worte erinnern und sich erinnern, daß der verächtlichste Name in der Geschichte Pontius Pilatus ist. Daran möge man sich erinnern.

Diesen Ausführungen folgte allgemeiner Beifall. Es kam am Schluss der Sitzung zu einer wahren Eruption für Labori. Man rief: „Es lebe Labori!“ was mit anderen Rufen: „Es lebe die Arme!“ wiederholt wurde. Im Saale herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander. (Ende der Sitzung: Politische Unterhaltung)

Arbeiterbewegung.

Die streikenden Schuhmacher der Firma Gebr. Wolf in Bernburg erklären, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, bis ihre Forderungen sämmtlich bewilligt sind. Sie würden streng an dem Magdeburger Beschlus festhalten und fordern die deutschen Kollegen auf, von diesem Beschlus ebenfalls nicht abzuweichen. Eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter Bernburgs habe sich mit den Forderungen vollständig einverstanden erklärt.

In Hamburg streiken 29 Arbeiter der Eggert'schen Piazzava-Fabrik, weil der Fabrikant einen ihrer Kameraden, der in ihrem Auftrage mit ihm verhandelte, kurzerhand entlassen hat.

Die Angestellten der Westländische Pferdebahn-Gesellschaft hatten am vergangenen Sonntag den Dienst eingestellt, weil sie mit der Regelung der Altersverhältnisse und der Beförderungen nicht einverstanden waren. Durch Vermittelung der Municipalität ist noch am selben Tage eine Versammlung herbeigeführt worden, so daß der Dienst am Montag wieder aufgenommen wurde.

Aus aller Welt.

Die Verfolgung wegen Kotterier ergieben auf Grund der bei Berliner Collectoren von der Criminaipolizei veranstalteten Verhöre gleich viele Kreise. Aus der Provinz kommen zahlreiche Meldungen über Verneinungen von Personen, deren Namen in den Listen der Kaufhäuser als Kunden verzeichnet stehen. Viele Kaufleute dastehen unter Anklage wegen Spieleris in ausländischen Lotterien gestellt werden.

Ein Raubmord ist in Bremen verübt worden. Montag Mittag ist im „Bürgerpark“ der 58 Jahre alte, frühere Schiffszimmermann Otto Fiala durch einen Schuß in den Nacken ermordet und seiner Bagatelle beraubt worden. Einige in der Nähe beschäftigte Arbeiter haben um jene Zeit zwei Schüsse fallen hören, sind dem Schalle nachgegangen, weil sie an einen Selbstmord glaubten, und haben den Mordeten quer über dem Zugweg liegen sehen, beide Hosenäschter haben leer aus dem Beinleib gehangen. Gleichzeitig waren die Leute in einer Entfernung von mehreren hundert Schritten einen Mann in der Richtung nach der Stadt laufen, der mit dunklem Zoppananzug bekleidet war und einen ausgespannten Regenschirm vor das Gesicht hielt. Zur vollen Verantwortung des Mordeten hat sich der Mörder nicht die Zeit genommen, eine goldene Uhr mit goldenem Ketten, sowie ein goldenes Vincenz wurden noch bei der Leiche gefunden.

Böhm. 21. Febr. Auf der Grube „Vereinigte Carolinen Glück“ sind weitere Leichen geborgen worden. In der Grube befinden sich dem „Märkischen Sprecher“ zufolge, noch 3 Leichen. Die Gesamtzahl der Toten beträgt so mit 123.

Frankfurt a. M., 22. Februar. Ein im Herbst 1896 vom hiesigen Schwurgericht wegen Maubausfalls auf ein Mädchen zu 7 Jahren Buchthalb verurtheilter Händler, Namens Ringsdorf, wurde vorläufig freigelassen, da Zweifel an seiner Schuld entstanden sind. Der Fall wird aufs Neue das Schwurgericht beschäftigen.

Selbstmord durch Verbrennung. Verhunget aus eigenem Willen ist in der Strafanstalt Hötershausen (Thüringen) der frühere Lehrer Schröder in Berngrün. Der junge Mann, der sich an Kindern vergangen hatte und deshalb zu langer Strafe verurtheilt worden war, verweigerte jede Nahrungsaufnahme.

Heidelberg, 22. Februar. In Neckarhausen bei Ladenburg wohnt seit 8 Uhr Abends ein großes Feuer. Bis jetzt sind 13 Wohnhäuser eingestürzt.

Bei einem Brand im Mannheim, der am Montag Abend das Lagerhaus der Landesproduktion Heymann vollständig zerstörte, wurden durch Einsturz einer Mauer ein Mann getötet und ein Feuerwehrmann schwer verletzt.

Ermordet wurde in Feuerbach bei Stuttgart der 70jährige Schuhmacher Hauser. Als Täter wurde sein Sohn und dessen Haushälterin verhaftet.

Von einem Todesschlag durch Elektricität wird aus Basel berichtet. Sonnabend früh trug in der Leibnitzstraße Klein-Basel, ein Telefondraht und fiel über die elektrische Straßenbahnsleitung weg zu Boden. Ein vorübergehender Mann wurde getroffen und augenscheinlich getötet. Wie die „Basler Nachrichten“ melden, schlängt sich der Draht dem Unglüchlichen, einem jungen Arbeiter einer chemischen Fabrik, um den Hals. Der Mann wurde sofort zu Boden geworfen und war auf der Stelle tot. Ein Bahnangestellter, der ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde zur Seite geschleudert. Schließlich gelang es, mit Anwendung größter Vorsicht, den Körper des Toten von den Schienen wegzuholen. Hals und Kopf waren durch furchtbare Brandwunden entstellt.

Ein schreckliches Verbrechen wurde gestern, wie dem „B. L.“ aus Brüssel berichtet wird, in dem belgischen Orte Rebaix verübt. Dort wurden nämlich die Gelehrte David Bonn und sein eigenes Sohn ermordet und beraubt. Der Mörder, welcher verhaftet ist, gestand, den Raubmord bei zu haben, um den Karneval vergnügt verleben zu können.

Sokuse.

Breslau, den 23. Februar 1888.

Achtung Gewerkschaften!

Von dem Flugblatt, betreffend das Attentat auf das Coalitionsrecht, haben die Gewerkschaftschaft-Delegirten eine entsprechende Anzahl zur Vertheilung in ihren Organisationen erhalten. Ich richte daher an die Vereine das Erbitten, die Vertheilung zu kontrolliren, damit die Schrift auch ihren Zweck erfüllt.

Johann Schäkel,

Friedrich-Wilhelmstraße 31.

* Ein glänzendes Geschäft hat die Rheberie ver einziger Schiffer im verlorenen Betriebsjahr gemacht. Die zur Vertheilung an die Actionäre gelangende Dividende beträgt 9 Prozent gegen 8½ Prozent im vorhergegangen Jahre. Im Gegensatz zu diesem seltenen Gewinn stehen die Löne der Arbeiter. Durch die in letzter Zeit mehrfach zur Verhandlung gekommenen Gewerbegegnungsstreitigkeiten zwischen der Gesellschaft und einigen bei d

